

[Wiesbaden](#) (agrar-PR) - Etwas mehr als 100 Tage ist Ingmar Jung als hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt im Amt, schon ist die Trendwende beim Thema Wolf erfolgreich angeschoben. Jung, der auch Jagdminister ist, dankt den Regierungsfractionen CDU und SPD, die jetzt den Gesetzentwurf zur Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht eingereicht haben.

Mit Dankbarkeit reagiert Landwirtschaftsminister Ingmar Jung auf die Einreichung des Gesetzentwurfs zur Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht durch die Fraktionen von CDU und SPD. Diese haben den Gesetzentwurf kürzlich eingebracht, sodass der Entwurf kommende Woche im Plenum des Hessischen Landtags beraten wird. „Damit legt Hessen ein hohes Tempo beim Schutz vor dem Wolf vor“, betont Jung.

Die wachsende Wolfspopulation bereitet in Hessen nicht nur den Weidetierhaltern Sorge, sondern vielerorts auch den Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum. Bei diesem emotionalen Thema eine Trendwende einzuleiten, ist erklärtes Ziel der hessischen Landesregierung und stand daher im Rahmen des Sofort-Programms „11+1 für Hessen“ im Fokus. Minister Jung hat sich dazu unter anderem mit vielen Schäferinnen und Schäfern ausgetauscht und bei einem Besuch in der Rhön drei konkrete Handlungsfelder für mehr Schutz der Nutztierhaltung vor Wolfsübergriffen vorgestellt: Neben der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht, werden die Förderung für den Weidetierschutz sowie die Entschädigung für Tierhalter verbessert und das Wolfszentrum in die Zuständigkeit von Hessen-Forst übertragen.

Betroffene begrüßen Anpassung des Jagdrechts

„Der Ortstermin in der Rhön hat mir eindrücklich die Ängste und Nöte der Betroffenen vermittelt“, sagt Jung. Der Abbau von Bürokratie, beispielsweise bei Nachweis und Dokumentation von Wolfsrissen, wurde von den Weidetierhaltern und Landwirten begrüßt. „Sie haben uns auch bestätigt, dass mehr Geld für Zäune allein das Problem nicht lösen wird. Der Wolf muss maßvoll bejagt werden“, erklärt der Minister. Aktuell ist der Wolf europarechtlich noch streng geschützt, es zeichnet sich aber ab, dass die EU diesen Schutzstatus bald lockern könnte. Hessen ist mit der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht dafür vorbereitet. Bis dahin schafft der Gesetzentwurf wichtige Voraussetzungen für einen effizienten Umgang mit ‚Problemwölfen‘ unter der Nutzung der engen bundesrechtlichen Entnahmemöglichkeiten. „Die Koalition schafft mit dem Gesetzentwurf die Voraussetzung für einen ideologiefreien und realistischen Umgang mit dem Wolf“, sagt Jung.

Pressekontakt

Frau Ira Priestersbach

Telefon: 0611 - 815-1020 Fax: 0611 - 815-1943 E-Mail: pressestelle@umwelt.hessen.de

HESSEN



[Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz \(HMUKLV\)](#)

Mainzer Str. 80 65189 Wiesbaden Deutschland

Telefon: +49 0611 815-0

E-Mail: poststelle@umwelt.hessen.de Web: <http://www.umwelt.hessen.de/> >>> [Pressefach](#)